

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 29) 21 90 38/39  
Telex: 8 88 846 pbbn d  
Telefax: 21 08 84

## Inhalt

Dr. Hermann Scheer  
MdB warnt vor einer  
verengten Sicht des  
Selbstbestimmungs-  
rechts in Jugoslawien.

Seite 1

Stephan Hilsberg MdB  
erinnert an den Jah-  
restag des Attentats  
auf Hitler: Für eine ge-  
rechte Beurteilung aller  
Formen des Wider-  
standes gegen Hitler.

Seite 2

### Dokumentation

Kleine Anfrage zur Bil-  
dungsdiskriminierung  
in der ehemaligen DDR.

Seite 3

46. Jahrgang / 136

19. Juli 1991

### Versuche einer föderierten Gesamtlösung für Jugoslawien widersprechen dem Selbstbestimmungsrecht nicht

Nicht das "Völkische", sondern die Demokratisierung sind der Kern  
des modernen Selbstbestimmungsrechts

Von Dr. Hermann Scheer MdB  
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen  
Bundestages

Nicht nur Jugoslawien hat scheinbar unüberwindliche Schwierigkeiten,  
seine Probleme angemessen zu lösen. Auch das übrige Europa kann  
gegenwärtig keinen Weg aus dieser Krise beraten. Dies hängt in star-  
kem Maße mit verkürzt wahrgenommenen Grundsätzen zusammen -  
was auch für die Diskussion innerhalb der SPD gilt.

Bevor in Slowenien die Streitkräfte aufeinanderprallten, wurde es über-  
wiegend für vernünftig gehalten, wenn Jugoslawien eine integrale neue  
Lösung in Richtung einer Föderation finden könnte. Nachdem bewaff-  
nete Verbände eingesetzt wurden und die Lage emotional weiter auf-  
heizten, ist das jetzt unendlich schwieriger. Falsch wird eine solche Lö-  
sung deshalb nicht. In anderen Worten: Es bleibt erwägens- und ver-  
suchenswert, dies weiterhin zu verfolgen.

All zu viele machen es sich zu einfach, die Kategorie des vollständigen  
Selbstbestimmungsrechts eines Volkes allen anderen Lösungen vorzu-  
ziehen und als Zauberformel zu betrachten. Dieser Einsatz ist aus zwei  
Gründen verkürzt:

- Selbstbestimmung ist keine abstrakte Angelegenheit. Das Aus-  
scheiden eines Teils aus einem bestehenden Staatsverband -  
vor allem wenn es sich um den wirtschaftlich entwickelteren Teil  
handelt - kann die politischen, wirtschaftlichen und sozialen  
Probleme der übrigbleibenden in starkem Maße erhöhen. Dies  
hat wieder negative Auswirkungen auf deren praktische Chan-  
cen eines politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungs-  
rechts. Es ist deshalb nachvollziehbar, daß die ärmeren Teile  
Jugoslawiens sich gegen eine einseitige Aufkündigung des  
Staatszusammenhangs sträuben - wenn auch die Methoden,  
vor allem die Serbiens, unakzeptabel sind. Wenn sich in der Eu-  
ropäischen Gemeinschaft herumgesprochen hat, daß der eine  
Mitgliedstaat nicht mehr ohne den anderen auskommt, dann  
muß man diejenigen aber verstehen, die dasselbe auch inner-  
halb Jugoslawiens vertreten.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenloser Versand  
mit unseren Rückläufen  
Recycling-Papier



- Im Vordergrund des Selbstbestimmungsrechts muß der Gedanke der Demokratie und nicht mehr der der völkischen Selbstbestimmung stehen. Nur wenn wir dies begreifen, sind wir fähig, die europäische Zukunft zu gestalten. Jede Demokratisierung ist ein Mehr an Selbstbestimmung. Aber nicht jede völkische staatliche Selbständigkeit bedeutet auch Demokratisierung. Die Korsen, Basken und Katalanen leben in der französischen beziehungsweise spanischen Demokratie und haben damit dasselbe Selbstbestimmungsrecht wie die anderen Franzosen und Spanier, solange sie nicht als Minderheit diskriminiert sind. Menschen in Staatsvölkern dagegen, in denen es keine Demokratie gibt, haben trotz der nationalen Souveränität viel weniger wirkliche Selbstbestimmung.

Integrative Lösungen auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung von Minderheiten und auf der Grundlage der Demokratie - als dem eigentlichen Kern des Selbstbestimmungsrechts - haben immer Vorrang. Dies gilt auch für Jugoslawien.

(-/19.7.1991/st/fr)

\*\*\*\*\*

### Für eine gerechte Beurteilung aller Formen des Widerstandes gegen Hitler Zum 57. Jahrestag des Attentats von Stauffenberg auf Hitler

Von Stephan Hilsberg MdB

Für den überwiegenden Teil der Menschen in der DDR war der 20. Juli kein Datum von Bedeutung. Sie hatten es mit einer eigenen posttotalitären Gewaltherrschaft zu tun. Auch in der Wende bezogen sich die wenigsten der neu entstandenen Parteien und Gruppierungen auf jenen Kreis um Stauffenberg.

Die offizielle Beschäftigung mit dem Hitler-Faschismus und dem Nationalsozialismus wurde nicht nur von der SED voll kontrolliert, sondern auch voll gesteuert. Für andere selbständige Wertung war kein Raum. Insofern hat es in der DDR keine wirkliche Vergangenheitsaufarbeitung gegeben. Dieses ist der Grund für überhastete Straßenumbenennungen beispielsweise, aber auch eine von vielen Erklärungen für den jetzt aufkeimenden Rechtsextremismus.

Nach 1945 löste schnell eine Gewaltherrschaft die andere ab, trat eine Ideologie an die Stelle der anderen, wechselten mancherorts nur Opfer und Täter, Richter und Angeklagte die Plätze. Die offizielle SED-Propaganda, der sich auch die Blockparteien anschlossen, ob notgedrungen oder nicht, stellte diesen Tausch als tatsächliche Geschichtsaufarbeitung dar. Glücklicherweise konnten unter diesen Bedingungen Aktivitäten der Kommunisten, auch ein wenig der Sozialdemokraten breiten Raum zur Präsentation finden. Immerhin wurden an keiner Stelle in der DDR die Greuelthaten der Nazis, von NSDAP, Gestapo, SA und SS verheimlicht oder gar verdeckt. Dieses war nicht das Problem der SED. Dennoch fand nie eine wirkliche Ursachenforschung des Dritten Reiches statt. Der Klassenkampf war seine alleinige Erklärung.

Deshalb konnte die SED auch nie ein wirklich gerechtes Verhältnis zum Widerstand gegen das Dritte Reich finden. Kommunistischer Widerstand wurde überbewertet, sozialdemokratischer Widerstand verniedlicht, jüdischer Widerstand wurde kaum erwähnt, den 20. Juli versuchte die SED als eine reine Ehrenrettung für das bürgerliche Lager darzustellen.

Tatsächlich war das Stauffenberg-Attentat der langgeplante Versuch, aus dem Bereich des Militärs und des zivilen Ungehorsams (von Stauffenberg bis Bonhoeffer), die über ihren Schatten springend, der Hitlerdiktatur in Deutschland und Europa endlich ein Ende bereiten wollten. Damit nimmt die Widerstandsgruppe um Stauffenberg einen gleichberechtigten Platz im gesamten deutschen Widerstand gegen Hitler ein. Denn wenn, um Hitler-Deutschland zu besänftigen, selbst ein Churchill mit Stalin zusammenging, darf man die unterschiedlichsten Wider-

standsformen nicht mehr gegeneinander ausspielen. Viel wichtiger ist es, jetzt endlich, unter den Bedingungen des beendeten Ost-West-Konfliktes eine gerechte Beurteilung aller Formen des Widerstandes gegen Hitler zu unternehmen. Diese gerechte Beurteilung betrifft die Untersuchung der Motive, der Energie und der Leidenschaft, aber auch der unterschiedlichsten Ziele des Widerstandes.

Nach 1945 haben die Alliierten den Deutschen in den Westzonen die Aufarbeitung des totalitären NS-Regimes erleichtert und teilweise abgenommen. Sie haben damit auch dem Vermächtnis des Widerstandes gegen Hitler entsprochen. Die Aufarbeitung des totalitären DDR-Regimes steht jetzt an. Dies muß von uns allein geleistet werden. Aber sie wird daran gemessen werden, wie es auch uns gelingt, Menschenrechte über ein staatlich verordnetes Unrechtssystem zu stellen.

(-/19. Juli 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Bildung im Dienste des Machterhalts**

Die SPD hat eine Kleine Anfrage zur Bildungspolitik in den Hochschulen der ehemaligen DDR im Bundestag eingebracht. Wir dokumentieren die Anfrage im Wortlaut:

#### **Folgen der Praxis der Bildungsdiskriminierung im Hochschulbereich in der ehemaligen DDR**

Die Praxis der Bildungsdiskriminierung war eine der Säulen für den Machterhalt der SED in der DDR. Mit Hilfe der Bildungsdiskriminierung hielt die SED viele junge, talentierte Menschen von wichtigen Berufen innerhalb der DDR-Gesellschaft fern. Dies war auch ein Grund für den wirtschaftlichen Niedergang der DDR. Aufgrund willkürlich beurteilter Persönlichkeitsmerkmale wurden junge Menschen nicht zum Abitur oder Studienfach ihrer Wahl zugelassen. Der Staat versprach sich von ihnen keine loyale beziehungsweise aktive Haltung im Sinne der SED zur Stärkung des Sozialismus und der DDR.

Persönlichkeitsmerkmale, die in den Augen der SED den Zugang zur höheren Bildung verhinderten, konnten unter anderem sein:

- Die Betroffenen waren keine Mitglieder der FDJ oder anderer Massenorganisationen;
- die Betroffenen nahmen an kirchlichen Veranstaltungen wie zum Beispiel Religionsunterricht oder Junge Gemeinde teil;
- die Betroffenen kamen aus Familien mit stark ausgeprägter bürgerlicher Tradition, wie Ärzte, Pfarrer, Handwerker;
- die Familien der Betroffenen hatten Verwandte im engen Verwandtschaftsgrad im westlichen Ausland, insbesondere in der Bundesrepublik;
- die Betroffenen verweigerten sich der Jugendweihe;
- die Betroffenen waren an der Schule an Auseinandersetzungen und Diskussionen mit Direktoren, Staatsbürgerkundelehrern, Pionierleitern und anderen Lehrpersonal beteiligt;
- die Betroffenen nahmen am Wehersatzdienst teil beziehungsweise verweigerten den Wehrdienst ganz; häufig reichte auch schon die Verweigerung einer dreijährigen Wehr-

dienstzeit aus, um keinen Studienplatz seiner Wahl erhalten zu können. Schüler, die sich weigerten, eine ihnen vorgeschlagene Berufssoldatenlaufbahn zu ergreifen, durften häufig noch nicht einmal die EOS besuchen und das Abitur machen.

Die Ablehnungs- oder Versagungsgründe waren durchaus nicht einheitlich, sondern so gestaltet, daß sie von den Betroffenen nur schwer abzusehen waren. So konnte beispielsweise ein Jugendlicher aus kirchlicher Familie einen Studienplatz erhalten trotz Nichtmitgliedschaft in der FDJ, wenn der Vater höherer kirchlicher Mitarbeiter (zum Beispiel Bischof) war. Die Zulassungskommission entschied zwar nach dem Prinzip der Einheit von guter fachlicher Leistung und guter gesellschaftlicher Einstellung, jedoch wurden in gewissen Spielräumen fachliche Leistungen gegen mindere gesellschaftliche Einstellungen aufgewogen. Das heißt im Einzelfall konnten besonders herausragende fachliche Leistungen gelegentlich einen Studienplatz bewirken.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Welche Formen der Bildungsdiskriminierung in den zehnklassigen Schulen gab es, insbesondere in Hinsicht auf die Nichtzulassung zum Erwerb eines Abiturs? Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Anzahl der Betroffenen?
2. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zahl derjenigen, die wegen Nichtzulassung zum Abitur kein Studium aufnahmen?
3. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zahl derjenigen, die wegen Nichtzulassung zum Abitur ein Studium an Fachschulen aufnahmen?
4. Welche Formen der Bildungsdiskriminierung bei der Zulassung zu Wahlfächern an Hochschulen gab es?
5. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zahl der Betroffenen, die infolge der Bildungsdiskriminierung bei der Zulassung kein Studium ihrer Wahl aufnehmen konnten und sich deswegen mit einem anderen Hochschulstudium begnügen mußten?
6. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zahl derjenigen, die infolge der Nichtzulassung zu dem Studienfach ihrer Wahl ein Studium an einer Fachschule aufgenommen haben?
7. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zahl der Betroffenen, die nun infolge der Vereinigung und der damit verbundenen neuen Möglichkeiten ein Studium ihrer Wahl im Hochschulbereich in Gesamtdeutschland anstreben.
8. Welche Möglichkeiten zur Förderung der durch die Praxis der Bildungsdiskriminierung in der ehemaligen DDR bisher benachteiligten Männer und Frauen bestanden vor der Einigung für Übersiedler, und welche Maßnahmen sind im Einigungsvertrag vorgesehen?
9. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher ergriffen und welche plant sie, auch in Zusammenarbeit mit den Ländern und anderen Trägern, um die Benachteiligung der von der Praxis der Bildungsdiskriminierung betroffenen Menschen auszugleichen?

(-/19. Juli 1991/rs/tr)

\*\*\*\*\*